



Vortrag des Magistrats an die Stadtverordneten- versammlung	Vorlage-Nr: 0172/S/24 Datum: 11.06.2024
Stellungnahme der Schöfferstadt Gernsheim im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zur Neubaustrecke Frankfurt-Mannheim hinsichtlich der Parlamentarischen Befassung durch den Deutschen Bundestag	

BESCHLUSS:

Die Schöfferstadt Gernsheim fordert, dass es durch die Neubaustrecke im Siedlungsbereich des Stadtteils Allmendfeld nicht lauter werden darf. Es muss sichergestellt werden, dass durch Maßnahmen des aktiven Lärmschutzes die aktuelle Lärmsituation (Mittelpegel) sowohl tagsüber als auch in der Nacht gehalten oder verringert wird. Wir fordern daher mindestens eine durchgängige Lärmschutzwand mit einer Höhe von 6 Metern mit zusätzlichen Lärmabsorbern zwischen den Gleisen an der gesamten freien Strecke im genannten Abschnitt sowie im Ausstrahlungsbereich des Lärms. Für die Bauzeit sind ebenfalls entsprechende Maßnahmen zum Schutz der Anwohner zu treffen.

Die Verwaltung wird beauftragt, diese Forderungen gegenüber der Deutschen Bahn für die Parlamentarische Befassung geltend zu machen.

BEGRÜNDUNG:

Im Osten des Gemarkungsgebiets Allmendfeld verläuft die derzeit vierspurige Bundesautobahn A67. Die bereits vorhandene Lärmbelastung durch die Bestandsstrecken wird sich darüber hinaus künftig nicht nur durch die ICE-Neubaustrecke, sondern zusätzlich durch den Ausbau der Bundesautobahn A67 verschärfen. Die Bundesautobahn A67 soll nach dem Bundesverkehrswegeplan (BVWP) 2030 auch im Bereich des Gemarkungsgebiets Allmendfeld auf sechs Spuren ausgebaut werden.

Um die regionalen Anliegen im Zusammenhang mit der ICE-Neubaustrecke hinreichend bei der Projektplanung zu berücksichtigen, hat die Deutsche Bahn AG ein Beteiligungsforum geschaffen, in welchem alle vom Neubau betroffenen Institutionen, insbesondere Kommunen, Landkreise, Bürgerinitiativen und Umwelt- und Fahrgastverbände, miteinbezogen und zur Ermittlung der regionalen Interessen und Anliegen im Zusammenhang mit der ICE-Neubaustrecke angehört werden.



Wir begrüßen grundsätzlich die Fortschritte und die Modernisierung des Schienennetzes, erkennen jedoch auch die potenziellen Auswirkungen auf unsere Lebensqualität und Gesundheit durch Lärmbelastungen. Die Deutsche Bahn hatte in der Sitzung des Ortsbeirats am 17.04.2024 die Lärmprognosen für den Stadtteil Allmendfeld vorgestellt. Nach deren Planungen wird die Bahn-Neubaustrecke Frankfurt-Mannheim für Teile von Allmendfeld (östlicher Teil der Hinteren Straße) bis zu 7,8 Dezibel mehr Lärm bringen. Hier sind nach ihren Angaben auch Schallschutzmaßnahmen der Autobahn GmbH wegen des künftigen Ausbaus der BAB 67 berücksichtigt worden.

Für den Stadtteil Allmendfeld werden als festgesetztes dörfliches Mischgebiet die gesetzlichen nächtlichen Grenzwerte von 54 Dezibel fast überall eingehalten. Der für allgemeine Wohngebiete geltende schärfere Grenzwert von 49 Dezibel würde dagegen überwiegend in der Hauptstraße, Hintere Straße und des östlichen Teils der Rathausstraße nicht erreicht werden. Dieser Wert sollte jedoch auch für diese Straßenzüge zugrunde gelegt werden. Der Stadtteil Allmendfeld war zur Zeit der Aufstellung der Bebauungspläne (Dörfliches Mischgebiet) Im Jahr 1997 größtenteils landwirtschaftlich geprägt. Diese Strukturen haben sich jedoch in den letzten zwei Jahrzehnten deutlich verändert. Die Wohnnutzung überwiegt deutlich, auch aufgrund der altersbedingten Betriebsaufgaben ehemaliger Landwirte.

Wir fordern daher nachdrücklich einen vollständigen und übergesetzlichen Lärmschutz für alle Bewohnerinnen und Bewohner des Stadtteils Allmendfeld durch die Errichtung einer Lärmschutzwand mit einer Höhe von 6 Metern sowie den Einbau zusätzlicher Lärmabsorber zwischen den Gleisen. Beim Schutz des Stadtteils Allmendfeld kann es keine Kompromisse geben.

Unsere Forderung ist angemessen und verhältnismäßig. Wir bitten die Bahn, diese Forderungen in die Parlamentarische Befassung einzubringen.

gez. Burger, Bürgermeister